

einwärts:

Heraus zum 1. Mai. Dieses Motto hat der vorwärts in seiner Geschichte vielfach verbreitet. Der NIEDERSACHSEN-vorwärts fühlt sich dieser Tradition verpflichtet und freut sich, dass Hartmut Tölle, der Vorsitzende des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt ein Grußwort für die Mai-Ausgabe geschrieben hat. Niedersachsen liegt auch in diesem Jahr am 1. Mai weit vorn. Auf der zentralen Kundgebung in Wolfsburg spricht der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer.

Hauptredner in Osnabrück ist der Vorsitzende des IG BCE, Hubertus Schmoldt.

In Emden spricht der Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen-Sachsen-Anhalt, Hartmut Meine.

Die Mai-Rede in Salzgitter hält der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner. ver.di-Landesbezirksleiter Wolfgang Denia spricht in Hameln.

Hauptrednerin auf Deutschlands buntester Maikundgebung in Hannover ist die stellvertretende NGG-Bundesvorsitzende Michaela Rosenberger. Dort wird in diesem Jahr zum 35. Mal Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg sprechen.

Einen kämpferischen 1. Mai wünscht der vorwärts-Redakteur ■ lopo



Hartmut Tölle

Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Land unter für die Landesregierung

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, der die Versäumnisse der Landesregierung beim Hochwasserschutz aufarbeiten soll.

VON INGO DELZER

Die Regierung Wulff wird sich in den kommenden Monaten für ihre Versäumnisse in der Vorbereitung auf das Elbehochwasser in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu verantworten haben. »Im Interesse künftiger Schadensminderung wollen wir wissen, wie es zu derart falschen Pegelmeldungen kommen konnte. Ebenso muss aufgearbeitet werden, warum das Land die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg bei der Vorbereitung auf das Elbehochwasser derart allein gelassen hat«, erklärte der stellvertretende Vorsitzende und Innenexperte der SPD-Landtagsfraktion, Heiner Bartling.

Bartling hatte sich bereits am 6. April in Hitzacker und Dannenberg ein Bild von der Lage gemacht. »Sprunghaft angestiegene Pegelstände hatten uns alarmiert. Das Wasser stand bereits in Hitzacker in den Straßen. Ich habe mich sehr darüber gewundert, dass die Alarmglocken nicht auch bei der Landesregierung geläutet haben«. Während auf der



Hitzacker: Flutschaden für die Landesregierung.

Photo: Alexander Ottavio

gegenüberliegenden Elbeseite im Landkreis Prignitz bereits am 5. April um 12.00 Uhr der Katastrophenalarm ausgelöst worden war, hat Niedersachsen das Elbehochwasser offenbar verpennt, sagte Bartling.

»Die Menschen in der niedersächsischen Elberegion haben sich von der Landesregierung vollkommen allein gelassen gefühlt«, fasste Bartling seine Eindrücke zusammen. »Von einer koordinierten Vorbereitung auf ein bevorstehendes Hochwasser war vor Ort nichts zu merken. Das Nachbarland Brandenburg hat Niedersachsen in dieser Hinsicht geradezu düpiert. Obwohl man dort zunächst ebenfalls davon ausgegangen war, dass die Pegelstände unterhalb des Hochwassers 2002 bleiben würden, hatte man sich frühzeitig umfassend vorbereitet.«

Bereits am 30. März hatte Brandenburgs Innenminister auf die Bedeutung einer sorgfältigen Vorbereitung hingewiesen: »Wir müssen uns rechtzeitig vorbereiten. Die Erfahrungen aus dem Elbehochwasser 2002 haben gezeigt, dass frühzeitige Vorbereitung die Gefahren für die Bevölkerung deutlich mindern kann. Wir sind dafür gerade auch mit unserem Lagezentrum Brand- und Katastrophenschutz, den Feuerwehren und anderen Hilfskräfte in Brandenburg gut aufgestellt.«

Ganz anders Niedersachsen: Dort musste sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg Freitagnacht um vierzehn Minuten vor Mitternacht mit folgendem Aufruf an die Bürger wenden: »Für die Sandsackbefüllung werden dringend Helfer benötigt. Freiwillige sollten sich direkt beim Kieswerk in Tramm melden. Möglichst bitte Spaten oder Schaufel mitbringen.«

Bartling: »Während man sich in Brandenburg geradezu generalstabsmäßig auf das Hochwasser vorbereitet hat, gab es in Niedersachsen ein absolutes Vakuum. Der Innenminister reiste nach Kasachstan und der Ministerpräsident lächelte von Fotos aus Südafrika«. Auch im Nachhinein hat es keine vernünftige Aufarbeitung der Versäumnisse gegeben. Statt dessen wird der für die Wasserstandsmeldungen verantwortliche Umweltminister nicht müde, die Verantwortung auf andere zu schieben. »Der Untersuchungsausschuss wird Ministerpräsident Wulff und seinen Ministern die Gelegenheit geben, über ihre eigenen Versäumnisse nachzudenken«, sagte Bartling. ■

Deine Würde ist unser Maß

VON HARTMUT TÖLLE

Die Würde des Menschen ist unantastbar – zumindest theoretisch, laut Grundgesetz. Die Praxis sieht anders aus. Für viele Menschen ist ein Leben in Würde keine Selbstverständlichkeit mehr.

Viele Menschen schufeln in Discountern, in Schlachthöfen, auf Baustellen und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, weil sie nur Niedriglöhne erhalten. Unternehmen wie Continental streichen Riechengewinne ein, bauen aber gleichzeitig massiv Stellen ab.

Viele Menschen haben Angst vor Arbeitslosigkeit und davor, in Hartz IV abzu-

rutschen. Mehr als 450.000 Niedersachsen sind arbeitslos, über ein Drittel davon bereits länger als ein Jahr. Verschämte Armut ist längst Realität.

Wir Gewerkschaften stellen deshalb die Würde des Einzelnen in den Mittelpunkt, auch am 1. Mai. Arbeitnehmer mit ihren Familien sind keine Zitronen, die man auspresst und wegwirft. Wir wollen, dass der Kündigungsschutz erhalten bleibt, weil eine Aushöhlung viele Beschäftigte trifft, aber keinerlei neue Arbeitsplätze schafft.

Wir wehren uns gegen die Rente mit 67, weil sie Renten kürzt, statt die Rentenkassen zu sanieren. Wir streiten für Mindestlöhne,

die ein Leben oberhalb der Armutsgrenze sichern.

Wir fordern familiengerechte, menschenfreundliche Arbeitszeiten und angemessene Löhne. Die nutzen nicht nur dem privaten Konsum, sondern füllen auch die Kassen der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Hand. Wer Arbeitnehmer wie Zitronen behandelt, dem wird das sehr bald sauer aufstoßen. Darum sagen wir Gewerkschaften an diesem 1. Mai »Deine Würde ist unser Maß«. Und wir freuen uns, wenn Sozialdemokraten es mit uns tun! ■

Hartmut Tölle ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt.

»Er hat wichtige Impulse gesetzt«

Anmerkungen zum Rücktritt von Matthias Platzeck

VON PETER STRUCK, VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Matthias Platzeck hat die Führung der SPD in einer schwierigen Phase übernommen und allen Genossen und Genossinnen damit einen großen Dienst erwiesen. Das Vertrauen, dass die Partei in ihn gelegt hat, hat er mehr als erfüllt. Sein freundschaftlicher vertrauensvoller Führungsstil hat Maßstäbe gesetzt und wird uns fehlen.

Trotz seiner kurzen Amtszeit hat er wichtige Impulse gesetzt, mit denen er die Arbeit der Partei in den vergangenen Monaten vorangetrieben hat. Er hat ein Skizzenblatt der SPD als Par-



Peter Struck

tei der sozialen Erneuerung gezeichnet und dabei deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie gerade als

Regierungspartei in einer großen Koalition eine scharfe Programmatik braucht. Ich bedauere seinen Rücktritt sehr.

Es war keine leichte Entscheidung. Aber angesichts der Umstände war dieser Schritt der einzig richtige. Gesundheit geht vor. Für unsere Partei war das keine leichte Situation. Ich bin sicher, dass die SPD mit Kurt Beck an ihrer Spitze Kurs hält und den von Matthias vorgezeichneten Weg weiter geht – in dem partnerschaftlichen Umgang, den Matthias aufgezeigt hat. Die SPD wird in der Großen Koalition ihre Vorstellungen auch weiterhin selbstbewusst einbringen. ■

Für uns im Landtag

Claus Peter Poppe



Claus Peter Poppe

In den Sporthallen Niedersachsens fühlte er sich jahrzehntelang als Handballer zu Hause, in der Schule konnte er als Lehrer seine Freude an Sprache und Literatur ebenso weitergeben wie seine Sportbegeisterung, und in der Kommunalpolitik war er schon seit 1975 im »schwarzen« Süddoldeburg für die SPD aktiv, im Stadtrat von Lohne und im Kreistag Vechta. Jetzt vertritt Claus Peter Poppe seit 2003 den Wahlkreis Bersenbrück im Landtag.

Dorthin, in den Nordkreis Osnabrück, kam Peter, als er 1995 die Leitung des Artland-Gymnasiums in Quakenbrück übernahm. Wenig später ist er mit seiner Frau Annerose auch dahin gezogen. Die beiden erwachsenen Kinder wohnen inzwischen in Göttingen und Berlin. Er selbst ist in Quakenbrück heimisch geworden, inzwischen Mitglied im Samtgemeinderat und als Vorsitzender des Sportvereins QTSV stolz auf die in Quakenbrück beheimatete Basketball-Bundesligamannschaft »Artland Dragons«, die aus diesem Verein

hervorgegangen ist. Was sonst an Freizeit bleibt, teilt er auf zwischen der körperlichen Betätigung auf dem Fahrrad und der geistigen beim Lösen der ZEIT-Rätsel.

Geboren wurde Peter im süddoldeburgischen Lohne, wohin er nach dem Abitur in Vechta, der Bundeswehrzeit und dem Studium (Germanistik und Sport) in Göttingen und den USA als Lehrer zurückkehrte. Hier trat er 1975 auch der SPD bei, beeindruckt von Willy Brandt und seiner Ostpolitik und »aus Widerspruchsgeist« gegen die zementierten Mehrheitsverhältnisse dort, wie er heute sagt. Schnell wurde er Ratsmitglied und Fraktionsvorsitzender, verschaffte der SPD Gehör und Respekt, mehr Sitze auch, aber keine Mehrheiten. Daneben war er in der Partei auf örtlicher Ebene tätig, inzwischen auch im Unterbezirk Osnabrück-Land und auf Bundesebene im Arbeitskreis »Christinnen und Christen in der SPD«.

Im Landtag engagiert er sich seinem beruflichen Hintergrund gemäß intensiv in der Schul- und Bildungspolitik, ist stellvertretender Vorsitzender des Kultusausschusses und hat in verschiedenen Gremien Zuarbeit geleistet zum Parteikonzept »Zukunft der Bildung«. Vielen Lesern des »vorwärts« ist er daneben als Zeugwart Pit, Parteifreunden auch in anderen Rollen mit scharfzüngigen oder nachdenklichen satirischen Beiträgen bekannt.

Mehr über Claus Peter Poppe erfährt ihr auch im Internet unter:

www.claus-peter-poppe.de



Mit einer Postkarten-Kampagne setzt die niedersächsische SPD ihre Initiative für eine gemeinsame Schule fort. »Kinder sind lernbegierig,« heißt es. »Sie brauchen guten Unterricht. Sie lernen miteinander und voneinander. Manchmal auch Dinge, von denen Lehrer nichts ahnen. Das gehört dazu.« Die Postkarten, hier vorgestellt vom SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin und SPD-Sprecherin Katrin Reich, sind erhältlich beim SPD-Landesverband und den SPD-Bezirken. Der Versand nützt unseren Kindern: »Schule in Niedersachsen – besser gemeinsam.« ■

Photo: Wilhelmy

Projektgruppe Wirtschaft

Die niedersächsische SPD setzt ihre erfolgreiche Projektgruppenarbeit fort. Der Landesvorstand hat beschlossen eine Projektgruppe »Wirtschaft« einzurichten. Sie soll bis zum Oktober 2006 ein Papier vorlegen, in dem die SPD ihre wirtschaftspolitischen Perspektiven und Positionen verdeutlicht. In zentralen Politikfel-

dern wie Wirtschaft und Bildung will die Partei so rechtzeitig vor der Landtagswahl wichtige programmatische Entscheidungen fällen, damit eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung zügig mit der Umsetzung beginnen kann.

Die Projektgruppe »Bildung« hatte unter der Leitung von Wolfgang Wulff

im Januar 2006 das Konzept »Zukunft der Bildung« vorgelegt, das auf dem Landesparteitag am 10. Juni verabschiedet werden soll. Die Projektgruppe »Kommunales« unter Vorsitz von Laatzens Bürgermeister Hauke Jagau hat die »Kommunalpolitischen Leitlinien« zur Kommunalwahl 2006 maßgeblich gestaltet. ■



Mit dem guten Ergebnis von 87,3 Prozent der abgegebenen Stimmen ist Dieter Möhrmann auf dem Parteitag des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen in Cuxhaven am 22. April als Vorsitzender bestätigt worden. Christina Bührmann (Verden), Gunnar Wegener (Cuxhaven) und Bernd Wölbern (Sittensen) komplettieren den Vorstand. Mit großer Mehrheit beschloss der Parteitag eine Organisationsreform, die kleinere Parteitage und eine Bezirkskonferenz vorsieht. ■

Photo: Baumgarten

Biogas: Fluch oder Segen?

Emsländische SPD diskutierte in Meppen über die energiepolitische Bedeutung nachwachsender Rohstoffe

VON REMMER HEIN

Meppen. Zu einer Veranstaltung mit drei Fachreferenten hatte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, **Karin Stief-Kreihe**, in die emsländische Kreisstadt eingeladen. In ihrer Begrüßung erklärte Stief-Kreihe: »430 Biogasanlagen sind in den vergangenen Jahren in Niedersachsen errichtet worden.« Vorbehalte in der Bevölkerung gebe es zum Beispiel wegen der Verbrennung von Schlachtabfällen, aber auch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe stehe in der Kritik. Die Veranstaltung solle daher zur Versachlichung und Aufklärung beitragen.

Jann Upphoff von der »Energietechnik Nord« wies auf die dringende Notwendigkeit hin, neue Energieträger zu sichern. »Die CO₂-Konzentration nimmt zu und das Klima verändert sich.« Neben diesen Umweltfragen hingen inzwischen mehrere Tausend Arbeitsplätze von der Biogas-Technologie ab. Die CO₂-Belastung sei neutral, die Geruchsproblematik lasse sich durch den Ein-



Karin Stief-Kreihe zusammen mit den Referenten, v. l. n. r.: **Andreas Lindenberg, Karsten Wünsche und Jann Upphoff.** Photo: Keller

satz neuer Technologien erheblich minimieren. Auf den Betreibern von Biogasanlagen laste der Druck, sich größere Anbauflächen für nachwachsende Rohstoffe zu sichern. Dies führe natürlich zu einer Konkurrenzsituation zu landwirtschaftlichen Betrieben etwa bei den Pachtpreisen.

Andreas Lindenberg von der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG) berichtete, die Vorteile von Biogasanlagen lägen darin, dass sie grundlastfähig seien im Gegensatz etwa zu Windenergieanlagen, die

nur in Abhängigkeit von vorhandenem Wind Strom produzieren könnten. Ein Vorteil liege auch darin, dass man die Anlagen dezentral errichten könne. Lediglich 38,5 Prozent der Energieausbeute diene allerdings der Stromgewinnung, der Rest sei überwiegend ungenutzte Abwärme. Deshalb müsse man in Zukunft sehr genau darüber nachdenken, wo man eine Biogasanlage installiere, um auch die Abwärme etwa für Heizungszwecke nutzen zu können. **Karsten Wünsche** von den Stadtwer-

ken Huntetal berichtete von Überlegungen, das Gas aus Biogasanlagen in das Erdgasnetz einzuspeisen. Dadurch sei ein erheblich höherer Wirkungsgrad (über 90 %) zu erzielen. Notwendig sei hierfür, das Gas auf Erdgasqualität zu verbessern. Dieses könne überwiegend mit vorhandener Technik erreicht werden, lediglich die Entschwefelung sei noch zu verbessern. In Schweden, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz werde bereits biogenes Gas eingespeist oder als Treibstoff für Kraftfahrzeuge genutzt. Eine weitere Idee bestehe darin, das Rohgas von mehreren Erzeugern zusammenzufassen, um dieses dann an nur einer Stelle insgesamt aufarbeiten zu müssen und die entsprechenden Kosten zu minimieren.

In der Diskussion nahm vor allem das Problem der Geruchsbelastung von Biogasanlagen breiten Raum ein. **Jann Upphoff** betonte, dass man diese Kritik ernst nehmen und sich für die Installation qualitativ hochwertiger Anlagen einsetzen müsse. ■

vorwärts: RÄTSEL

Seit **John Styth Pember-ton** am 8. Mai 1886 in einem Hinterhoflabor in Atlanta, Georgia, U.S.A. eine grünliche »Medizin« gegen Kopfschmerzen und Ermüdung zusammenbraute, rätselt die Fachwelt über die Zusammensetzung. Obwohl von der Firmenzentrale niemals offiziell bestätigt, ist sich die Fachwelt sicher, dass die klebrige Substanz in der Anfangszeit Kokain enthält.

Das ist am Ende des 19. Jahrhunderts keineswegs ungewöhnlich. Auch **Sigmund Freud** und andere Doktoren nutzen die Wirkung der Droge bei der Behandlung von »Kopfkrankheiten«. Auf den Feldern und in den kleinen Städten des US-amerikanischen Südens heißt es verheißungsvoll »Mutter der Mann mit dem Coke ist da«. Nicht ohne Grund heißen die Lieferwagen »dope-wagon«.

Erst 1906, als in den U.S.A. verschärfte Drogenetze in Kraft treten, wird die mittlerweile bräunliche Droge »clean«. »Ein Prosit für Gesundheit und Glück« verspricht die Werbung in jenem Jahr und preist das Mittelchen als »Flüssigkeit für Kopf, Körper und Nerven« an. Der erste Werbeslogan von 1886 ist bis heute weltweit gültig: »Delicious! Refreshing!«

Ihren Siegeszug in die Köpfe der Menschen tritt die Droge 1919 an, als die Prohibition für ein Jahrzehnt das Regiment in Kneipen und Bars übernimmt. In der Werbung heißt es beziehungsweise: »Das Glas, das den Ruf von Millionen beantwortet.«

Als der Stoff 1929 nach Deutschland kommt, gibt es im Lande der Biertrinker bereits zwei vergleichbare Mittel, von denen zumindest eines heute noch Kultstatus besitzt, wie auch das gesuchte Mittel. Wie heißt es?

■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

SPD-printBOX für den Wahlkampf

Mit der »printBOX«, einem von BWH Medien Kommunikation entwickelten Online-Drucksystem, werden deren Benutzer in die Lage versetzt, hinterlegte Drucksachen teilweise selbstständig zu editieren und zu bestellen. Die Anwendung ist browserbasiert und wird ab Mitte Mai als passwortgeschütztes Internetwerkzeug eingesetzt. Es werden im Rahmen der Kommunalwahl 2006 verschiedene Gestaltungsraster und Motive für Drucksachen erstellt, die im Anschluss als Layoutvorlagen in die »printBOX« eingebaut und zur weiteren Bearbeitung veröffentlicht werden. Diese Drucksachen werden von den Anwendern in bestimmten Grenzen mit neuen Motiven, Texten und Adressen versehen und auf diese Weise für individuelle Zwecke vor Ort angepasst. Die Entwürfe können neu angelegt, weiter bearbeitet, bestellt oder gelöscht wer-

den. Interessenten können sich über printbox.hannover@spd.de akkreditieren. Weitere Infos www.printbox.spd-bezirk-hannover.de

Vor der Wahl rollt der Ball



Der **WM-PLANER** für den Kommunalwahlkampf ist als individuelle Version (z.B. 1.000 Exemplare für 206,00 Euro) oder als universelle Version (1.000 Exemplare für 68,00 Euro) bei Anette.Gilke@online.de zu bestellen. Weitere Infos und Preise unter **0511-96 599045**



Die SPD im Bezirk Braunschweig hat auf ihrem Bildungs-Parteitag in Wolfenbüttel am 21. April die Vorlagen des SPD-Landesverbandes vorgestellt und mit hochkarätigen Experten diskutiert (Auf dem Podium: **Ernst Rösner, Marianne Demmer, Renate Jürgens-Pieper** und **Sigmar Gabriel** v.l.). Einig waren sich in der von Renate Jürgens-Pieper geleiteten Diskussion alle Beteiligten, dass das vorliegende Konzept den Weg in die richtige Richtung weist: Zu mehr Chancengleichheit, einer besseren Integration, zu mehr individueller Förderung. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende **Marianne Demmer** beklagte dabei ein fehlendes einheitliches Profil, an dem die Gesamtpartei noch arbeiten müsse. SPD-Bezirkschef **Sigmar Gabriel** wie auch **Ernst Rösner** vom Institut für Schulentwicklung der Universität Dortmund forderten mehr Radikalität in den Ideen: Klarheit in der Forderung der Gemeinsamen Schule als einziger Regelschule im Sekundar I-Bereich, aber auch mehr Mut bei der Frühförderung. Viel Beifall erhielt **Sigmar Gabriel** für seine Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Drei- bis Zehnjährigen. ■

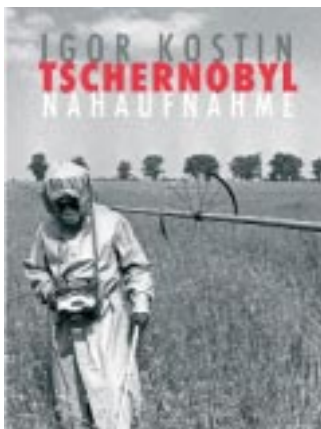
Photo: Gorny

vorwärts: kulturgut

Der Junge mag vielleicht zehn Jahre alt sein. Er wirkt wie hingemalt, seltsam entrückt im Halbschatten. Sein Gesicht spiegelt gleichmütige Hoffnungslosigkeit. Er könnte aus den Elendvierteln vieler europäischer Städte stammen. Photographiert wurde er 1990 von Igor Kostin in Gomel in Belarus.

Als der Junge sechs Jahre alt war ereignete sich 100 Kilometer entfernt das Vorstellbare: Im ukrainischen Tschernobyl explodierte ein Atomreaktor und verseuchte große Teile eines Landes, das bis heute gezeichnet ist vom atomaren GAU, ebenso wie der Junge auf dem Photo von Igor Kostin. Sein Zeichen, wie das vieler tausender Kinder in Belarus, ist der »Perlenkettenschnitt«, die sichelförmige Narbe einer Schilddrüsenoperation.

Das Photo auf der gegenüberliegenden Seite könnte makabrer kaum sein. Igor Kostin hat 1988 in einem Waisenhaus einen fröhlich dreinblickenden Knaben photographiert, der von



einem Helfer den Hörer eines Spielzeug-Telephons gereicht bekommt. Der Knabe ist an Armen und Beinen verkrüppelt, auch er ein Opfer des Atom-Unfalls.

Während die Kinder in der Ukraine und in Belarus schutzlos dem atomaren Niederschlag ausgesetzt waren, weil die zuständigen untätigen Behörden keine Jodtabletten vorrätig hielten, wurden hierzulande die Kinder vor dem milden Mairegen bewahrt. Vollerorts wurde der Sand aus den Sandkisten entfernt. Eltern hätten ihn gerne als Sondermüll entsorgt. In

den Augen mancher, über alles besorgter Politiker galten sie vor 20 Jahren als Panikmacher.

Tschernobyl: Weit weg in der Ukraine, wo man schon immer Gefahren vermutet hatte, aber doch nicht solche. Die »Nahaufnahme« dieser bislang einzigartigen Katastrophe hat der in Moldawien geborene Photograph Igor Kostin im Bild festgehalten. Von ihm stammt auch das einzige Photo des geborstenen Reaktors vom 26. April 1986. Seit 20 Jahren ist Tschernobyl mit seinen Folgen, mit den stillen Opfern und Helden das Thema Kostins.

Der Weismann-Verlag hat seine Aufzeichnungen und Photos als Buch herausgegeben, das allen leichtfertigen Atom-Protagonisten zur Pflichtlektüre gemacht werden sollte: **Tschernobyl Nahaufnahme, Weismann-Verlag, München, 240 S., 24,90 Euro.** In der zweiten Mai-Woche kommt Igor Kostin nach Hannover in den **Raschplatz-Pavillon.** Den genauen Termin in der Tagespresse oder beim Pavillon erfragen: **0511/2355550.**

Wir brauchen Kinder



Stephan Weil Photo:Wilhelmy

»Auf den Anfang kommt es an!« war das Motto der Jahrestagung der Kommunalakademie Niedersachsen, die sich mit frühkindlicher und vorschulischer Bildung als Herausforderung für die Kommunen beschäftigte. SPD-Fraktionschef **Wolfgang Jüttner** stellte eine »dramatische Unterschätzung des Themas« in den vergangenen Jahren fest

und betonte, dass hier die Landes-SPD mit ihrem Programmwurf »Zukunft der Bildung« in der Öffentlichkeit neue Schwerpunkte setzen konnte. Aus der Wissenschaft, der kommunalen und der pädagogischen Praxis gab es Zuspruch für die Vorschläge der SPD: **Prof. Dr. Ursula Carle** von der Uni Bielefeld bekräftigte die Notwendigkeit der Qualitätsverbesserung von Erziehung in KiTa und Grundschule. Der Hannoveraner Stadtkämmerer und OB-Kandidat **Stephan Weil** berichtete zu Problemen und Chancen kommunaler Integrationspolitik und der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) **Wilhelm Schmidt** fasste aus der Perspektive der Trägereinrichtungen und der Erzieherinnen und Erzieher zusammen – »Wir brauchen Kinder« – Gesellschaft wie Politik müssten dies endlich als zentrale Perspektive erkennen.

Mehr Infos: www.Kommunale-Akademie-Niedersachsen.de